

Es gilt das gesprochene Wort!

Kanzelrede des Präsidenten
des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
Dr. Hans-Joachim Heßler

„Polarisierung, Populismus, Spaltungstendenzen –
Was schützt? Was heilt?“

Eine gemeinsame Veranstaltung der
Evangelischen Akademie Tutzing und des
Freundeskreises der Akademie

am 10. März 2024, 11:30 Uhr,
in der Erlöserkirche in München

[I. Einleitung]

Sehr geehrter Herr Direktor Hahn, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es ist mir eine Ehre und Freude, an diesem besonderen Ort und in diesem außergewöhnlichen Format einige Gedanken mit Ihnen teilen zu dürfen. Gedanken zu Themen, die mich, sicher aber auch viele von Ihnen, mehr und mehr beschäftigen. Deswegen zunächst: Herzlichen Dank für die Einladung.

Für ein gutes Zusammenleben in unserem Land bedarf es zweier – wenn auch nicht hinreichender, auf jeden Fall notwendiger – Essentialia, die einander bedingen. Des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Erhalts des freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaats.

In letzter Zeit mehren sich warnende Stimmen, die den Zusammenhalt in unserem Gemeinwesen in Gefahr sehen. Diese Warnungen – aus Politik, Wissenschaft und Publizistik – treffen bei vielen von uns einen Nerv.

Denn auch persönlich nehmen wir auf der Grundlage dessen, was wir den Medien entnehmen, aber auch im Alltag erleben, ein Klima zunehmenden Misstrauens zwischen gesellschaftlichen Gruppen, wachsender Zerrissenheit, eines aufgeheizten Diskurses bis hin zum unversöhnlichen Streit wahr.

Von einer endgültig gespaltenen Gesellschaft kann in unserem Land gottlob noch nicht gesprochen werden. Aber die Frage liegt nahe, wohin die Entwicklung noch führen kann, wenn sie sich unvermindert fortsetzt oder gar weiter an Dynamik gewinnt. Richten wir den Blick etwa auf die Vereinigten Staaten von Amerika – wo das Klima politischer Debatten vollends vergiftet, die Gesellschaft offensichtlich gespalten ist und wo die daraus

resultierenden Gefahren für die Demokratie offensichtlich zu Tage treten – kann die bange Frage lauten: Steht uns etwa Ähnliches bevor?

Zugleich zeigt sich – auch in Deutschland – ein Erstarren des Populismus, vor allem von rechts. Wechselwirkungen mit allgemeinen Polarisierungstendenzen liegen nahe.

In mehreren anderen Ländern, auch in Europa, war und ist zu beobachten, dass und wie das Erstarren populistischer Strömungen und der Machtgewinn illiberaler Politiker, die sich populistischer Methoden bedienen, zu einer Erosion von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit führen können. Daher verwundert nicht, dass sich manch einer nicht nur um das Klima des politischen Diskurses, sondern gar um die Zukunft des liberalen, demokratischen Rechtsstaats auch in unserem Land sorgt.

Diesen Themen möchte ich mich widmen. Zunächst möchte ich den Blick darauf richten, welche Faktoren und Prozesse den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter Druck setzen. Wie dies mit Populismus und illiberaler Politik in Zusammenhang steht – und warum diese wiederum eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat darstellen können.

Was zu der Frage führt: Was schützt den Rechtsstaat auch in stürmischer Zeit, worin liegt seine Widerstandskraft begründet, die es zu bewahren und zu stärken gilt?

Dies betrifft das „Rüstzeug“, mit dem die institutionellen Grundpfeiler unseres Gemeinwesens Fehlentwicklungen und Gefahren trotzen können. Angesprochen ist damit letztlich „Abwehr“.

Dabei möchte ich es aber nicht bewenden lassen, sondern auch die Frage aufwerfen: Was kann getan werden, um „an der Wurzel“ anzusetzen, Spaltungstendenzen entgegenzuwirken, Risse zu kitten und Wunden zu heilen? Welcher Grad an gesellschaftlichem Konsens ist ein realistisches und erstrebenswertes Ziel und was können wir – auch individuell, und sei

es auch nur im Kleinen – zu einem weniger kontroversen gesellschaftlichen Klima beitragen, und damit auch zur Austrocknung des Nährbodens von Populismus, Extremismus und Autoritarismus?

[II. Zusammenhalt unter Druck – zunehmende Polarisierung]

Zunächst also zum Ausgangspunkt: Was setzt in heutiger Zeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter Druck, was droht unser Gemeinwesen zu spalten?

In diesem Zusammenhang fällt häufig das Stichwort der gesellschaftlichen, insbesondere der politischen *Polarisierung* – ein Fachbegriff, mit dem die Verschärfung und Zuspitzung des gesellschaftlichen Diskurses recht treffend „auf den Punkt gebracht“ werden kann. Daher möchte ich mich im Folgenden diesem Thema und aktuellen Faktoren, die eine übermäßige Polarisierung besonders begünstigen, widmen.

[1. Rahmenbedingungen: Pluralisierung und Individualisierung]

Zuvor möchte ich aber etwas weiter ausholen und auf gesellschaftliche Veränderungen der letzten Jahrzehnte eingehen, die weder als negativ zu charakterisieren sind, noch unmittelbar mit zunehmender Polarisierung einhergehen. Sie sind aber meines Erachtens zum Verständnis hilfreich, warum die Antwort auf die Frage, was unsere Gemeinwesen zusammenhält, komplexer geworden ist als etwa vor 30 oder 40 Jahren.

Zunächst möchte ich einen Aspekt nennen, der in erster Linie eine positive Errungenschaft ist. Nämlich die gesteigerte – und weiter zunehmende – Pluralität unserer Gesellschaft.

Diese ist im Ausgangspunkt ein Gewinn. Kulturelle Vielfalt, die Koexistenz verschiedener Interessengruppen und Raum für heterogene Lebensmodelle bedeuten gesellschaftlichen Reichtum. Zumal die plurale Gesellschaft als Gegenpol zum uniformen, homogenen Gesellschaftsbild des

Totalitarismus gesehen werden kann. Und weil die weitreichende Akzeptanz unterschiedlicher Lebensansätze zugleich ein Beweis für effektiven Minderheitenschutz durch gelebte Grundrechte ist.

Die zunehmende Pluralisierung und Diversifizierung unserer Gesellschaft bringt aber auch neue Herausforderungen für das Zusammenleben mit sich. Friedliche Koexistenz und produktiver Wettbewerb von Gruppen mit unterschiedlichen Werten, verschiedenen kulturellen Hintergründen und spezifischen Interessen sind keine Selbstläufer. Im – dysfunktionalen – Extremfall kann sich gar ein „Zerrbild“ von Pluralität einstellen, in Gestalt von Parallelgesellschaften und einander feindlich gesinnten Gruppen. Aber auch jenseits solcher Extreme gilt:

Je größer die Diversität kulturell oder gruppenabhängig unterschiedlicher oder unterschiedlich gewichteter Werte ist, je komplexer der Wettbewerb von Interessen und Meinungen, desto weniger selbstverständlich wird es, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung „wie von selbst“ zumindest hinter einer verbindenden Idee oder einem gemeinsamen Wertekanon als Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts versammelt.

Eine zweite für die letzten Jahrzehnte und unsere heutige Zeit prägende Entwicklung ist die zunehmende gesellschaftliche Individualisierung. Auch diese kann keineswegs pauschal als negativ bewertet werden. Allerdings springt hier zumindest die Ambivalenz des Prozesses ins Auge:

Einerseits führt die Betonung individueller Entscheidungsfreiheit zu gesteigerter Autonomie des Einzelnen, zu einem „Plus“ an Selbstbestimmung, zu neuen Möglichkeiten der Lebensgestaltung und Freiheitsentfaltung. Andererseits kann die zunehmende Individualisierung aber zu Vereinzelung, zu Entsolidarisierung, zum Verlust gefühlter Sicherheit und zu

Einbußen an sozialem Zugehörigkeitsgefühl führen – was dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht gut tut.

Die Frage „Wo gehöre ich hin?“ kann in einer immer stärker durch Individualität geprägten Gesellschaft schwer zu beantworten sein. Wird Individualität zum übersteigerten Individualismus, kann zwischen diesem und sozialer Isolation ein schmaler Grat liegen.

Und ein „Weniger“ an Begegnungen, eine Verengung des Kreises von Gesprächs- und Interaktionspartnern, geht zwangsläufig zu Lasten des Austausches und damit auch des Ausgleichs zwischen Mitmenschen. Hier denke ich auch an die – mit dem zunehmendem Individualismus zusammenhängende – verringerte Hinwendung vieler Menschen zu traditionellen Institutionen, Vereinigungen und Begegnungsorten.

Vielbeachtet ist hier insbesondere der Rückgang bei den Mitgliederzahlen der großen Kirchen. Man denke aber auch an die offenbar schwindende Bindekraft der traditionellen politischen Parteien. Auch Vereine, Genossenschaften und Stiftungen in Deutschland vermelden Nachwuchsprobleme. Der Wunsch und die Bereitschaft, sich zu einer Gemeinschaft zu bekennen und sich für diese zu engagieren, scheint nachzulassen.

Solche Gemeinschaften – sei es die Kirchengemeinde oder etwa der Sport-, Musik-, Kultur- oder Freizeitverein – sind aber ideale Orte, um den Austausch zwischen Menschen „einzuüben“ und zu pflegen, die völlig unterschiedliche Sichtweisen auf kontroverse gesellschaftliche Themen haben mögen, sich aber zumindest durch ein verbindendes Element oder ein gemeinsames Interesse verbunden wissen.

[Anrede]

Mit Pluralisierung und Hinwendung zur Individualität habe ich zwei Entwicklungen skizziert, denen unsere heutige freiheitliche, vielfältige und moderne Gesellschaft viel zu verdanken hat. Die aber, wie dargestellt,

auch damit einhergehen, dass gesamtgesellschaftlicher Zusammenhalt weniger selbstverständlich geworden ist.

[2. Spezifische Polarisierungs-„Treiber“]

Vor diesem Hintergrund möchte ich auf einige spezifische Faktoren eingehen, die eine zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft – unter der ich die Verschärfung und Zuspitzung von Meinungsunterschieden beziehungsweise das Zerfallen der Bevölkerung in „Lager“ mit stark entgegengesetzten Interessen und Orientierungen verstehe – begünstigen.

Dabei ist vorweg klarzustellen: Meinungsverschiedenheiten, auch zwischen Gruppen mit entgegengesetzten Auffassungen und Interessen, sind in einer demokratischen, pluralen Gesellschaft normal, ja notwendig. Denn es gehört zu ihrem Wesen, dass unterschiedliche Positionen – gegebenenfalls auch mit Nachdruck – vertreten werden. Ohne ein „Portfolio“ aus erkennbar unterschiedlichen Auffassungen kann schon keine Auswahl aus politischen Optionen getroffen werden. Richard von Weizsäcker brachte es auf den Punkt: *„Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg.“*

Dieses prägnante Zitat geht aber bezeichnenderweise weiter: *„Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“*

Problematisch, ja gefährlich wird es, wenn divergierende Meinungen inhaltlich extrem werden und die politische Auseinandersetzung Formen annimmt, die für einen vernunftbasierten und vor allem respektvollen Diskurs keinen Raum mehr lassen.

In den vergangenen Jahren ist eine zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft in den Fokus öffentlicher Diskussion gerückt. Diese ist auch anhand unserer Alltagserfahrungen spürbar. Denken wir nur an

Themenfelder wie etwa Migration, die neuen Formen von „Klimaprotesten“ oder auch an das Stichwort „gendergerechte Sprache“. Wir erleben die Konfliktlinien im Alltag, können sie aber auch an verschärfter Rhetorik in öffentlichen politischen Auseinandersetzungen ablesen – und leider auch an der wachsenden Akzeptanz, auf die Letztere bei Teilen der Bevölkerung zu treffen scheint. Was begünstigt diese Entwicklung?

[a. Triggerfaktor „Multiple Krisen“]

Der erste Faktor, den ich nennen möchte, sind multiple Krisen. Diese scheinen so etwas wie die Signatur unserer Zeit zu sein. Klimakrise, COVID-19-Krise, Finanzkrisen, Migrationskrisen.

Der Überfall Russlands auf ein friedliches Nachbarland. Der seitdem andauernde blutige Krieg in Europa – mit dem einerseits kurzfristige Folgen einhergehen, wie die durch den Überfall ausgelöste Energiekrise nebst Rekordinflation, andererseits langfristige. Wie etwa das „Damoklesschwert“ einer bevorstehenden langjährigen Konfrontation, eines „neuen kalten Kriegs“, beunruhigend grundiert durch regelmäßiges atomares Säbelrasseln des russischen Präsidenten.

Das von der Terrororganisation Hamas verübte barbarische Massaker an unschuldigen Menschen, die militärische Reaktion Israels, das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung, die noch unabsehbaren Folgen für die Stabilität im Nahen Osten.

Die Reihe ließe sich leider weiter fortsetzen.

Es fühlt sich so an, als würden wir unter der Grundlast langfristiger Krisen leben, während stets neue akute Krisen hinzukommen. Und soweit sich Letztere nicht sogar überlappen, scheint zumindest auf die Überwindung der einen Krise umgehend die nächste zu folgen.

Dabei beeinflussen und verstärken sich die Auswirkungen dieser Krisen auf vielfältige Weise. Der britische Historiker Adam Tooze spricht in diesem Zusammenhang von einer „Polykrise“, bei der „das Ganze schlimmer als die Summe der Teile“ sei.

Aus meiner Sicht hat diese Situation – die Tooze als in dieser Form „nie dagewesen“ charakterisiert – in mehrfacher Hinsicht Potential, zu einer zunehmenden Polarisierung beizutragen.

Zu nennen sind zunächst die Ängste und die Verunsicherung in ihrem Gefolge. Die Resilienzforscherin Isabella Helmreich weist auf evolutionsbiologische Anlagen hin, die dazu führen, dass das „Alarmzentrum“ des Menschen bei ständiger Konfrontation mit negativen Nachrichten immer wieder stimuliert wird. Und zum allgemeinen Gefühl des Erschreckens, zur Erkenntnis, dass sicher geglaubte Stabilität unvermittelt wegbrechen kann, kommen auch ganz konkrete materielle Sorgen. So hatten einige der genannten Krisen erhebliche ökonomische Auswirkungen. Besonders unmittelbar spürbar waren diese in unserem Land etwa bei der Corona-Krise und den Folgen des russischen Angriffskriegs.

Auch wenn die Bewältigung der Krisenfolgen in Deutschland unter dem Strich bislang gut gelang, haben viele Menschen die konkrete Erfahrung gemacht, dass auch ihr Dasein durch ein „von außen“ über sie kommendes, ihrer Kontrolle entzogenes Ereignis beeinträchtigt oder gefährdet werden kann. Zusammenfassend kann man wohl sagen: Multiple Krisen sind ein „Trigger“ für Zukunfts- und Existenzängste.

Nun liegt ein Zusammenhang zwischen krisenbedingten Ängsten und Zukunftssorgen und zunehmender gesellschaftlicher und politischer Polarisierung nicht unmittelbar auf der Hand. Wäre nicht ebenfalls denkbar, dass krisenhafte Ereignisse gerade dazu führen, dass die Menschen näher zusammenrücken, auch dauerhaft? Es gab und gibt in verschiedenen der genannten Krisen ja durchaus auch beachtliche Solidarisierungseffekte!

Leider scheinen es aber nicht *diese* zu sein, die auf Dauer Prägekraft für das Klima des Zusammenlebens und des öffentlichen Diskurses entfalten. Jedenfalls nehme ich es nicht so wahr. Mehrfachkrisen scheinen die Menschen eher auseinanderzutreiben. Wie ist das zu erklären?

Die Zusammenhänge sind sicher komplex, und ich maße mir keine sozialpsychologische Expertise an.

Es gibt aber einen sozialwissenschaftlichen Erklärungsansatz, der mir einleuchtend und im Einklang mit meinen persönlichen Wahrnehmungen und Beobachtungen erscheint. Er geht von der – intuitiv auf der Hand liegenden und sozialwissenschaftlich gesicherten – Erkenntnis aus, dass Menschen ein fundamentales Bedürfnis nach Kontrolle und Selbstwirksamkeit haben, also über ihr Leben und ihre Erfahrungen eigenständig bestimmen wollen.

Wird das Bild vom eigenständigen Selbst durch unerwartete Ereignisse gestört – etwa durch Unfall, Krankheit oder den Verlust des Arbeitsplatzes, oder eben auch durch Krisenerfahrungen –, kann dies Gefühle von Macht- und Hilflosigkeit hervorrufen. Diesem Gefühl des Ausgeliefertseins will der Betroffene etwas entgegensetzen.

Eine mögliche Kompensationsstrategie sieht die Sozialwissenschaftlerin Magdalena Hirsch darin, dass Menschen sich verstärkt als Teil einer wirksamen, eng verbundenen Gruppe fühlen wollen:

An die Stelle der als beeinträchtigt erlebten persönlichen Kontrolle soll zumindest eine „gruppenbasierte Kontrolle“ treten.

Hiervon ausgehend vertritt Magdalena Hirsch den Standpunkt, dass bei Kontrollverlust insbesondere gesellschaftlich stark umstrittene Weltansichten und Überzeugungen eingenommen beziehungsweise verteidigt werden. Denn je klarer die Konfliktlinie zwischen den sich gegenüberstehenden Gruppen, desto stärker ist das Potential dafür, dass das energische, kompromisslose Vertreten eines kontroversen Standpunkts identitätsstiftend wirkt. Wer sich stark zu den „anderen“ abgrenzt, erlebt potentiell eine

umso engere Verbindung mit „Gleichgesinnten“. Und damit das subjektive Gefühl, als Mitglied einer geschlossenen und entschlossenen Gruppe das Geschehen – wieder – beeinflussen zu können.

Dementsprechend kann nach der These von Magdalena Hirsch realer oder gefühlter Kontrollverlust, auch und gerade aufgrund gehäufter Krisen, Polarisierung befeuern. Eine Sichtweise, die mir, wie gesagt, einleuchtet.

Hinzu kommt, dass Hintergründe und Ursachen mehrerer jüngster und aktueller Krisen so beschaffen waren und sind, dass die Voraussetzungen für eine „Lagerbildung“ – leider – besonders günstig waren. Denken Sie nur an die „Impf-Frage“ während der Corona-Krise. An das Thema „Waffenlieferungen an die Ukraine“ im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg. Oder etwa an die Bewertung der „neuen Protestformen“ im Kontext der Klimakrise.

Diese und weitere Themen verlocken zu einer Einordnung in „Schwarz“ und „Weiß“, in „Dafür“ oder „Dagegen“. Das Wort *verlocken* wähle ich bewusst, denn sie *zwingen* nicht dazu. Tatsächlich kann über jedes der genannten Themen, ja praktisch über jedes Thema, respektvoll und vernünftig diskutiert werden. Das kann aber „anstrengend“ sein, weil es von beiden Seiten Geduld, Selbstreflexion und ein gewisses Maß an Einfühlungsvermögen für das konträr eingestellte Gegenüber verlangt. Gerade wenn einem kontroversen Thema, zumal in einer krisenhaft aufgeladenen Situation, mögliche Bruch- oder Konfliktlinien geradezu auf die Stirn geschrieben stehen, gilt:

Die Versuchung kann groß sein, den „einfacheren“ Weg zu gehen, einen kategorischen Standpunkt einzunehmen, die Argumente der Gegenseite auszublenden, und schließlich das inhaltliche Argument durch die persönliche Abwertung der anderen Seite zu ersetzen.

[b. Phänomene des „Internetzeitalters“]

Zu einem weiteren Aspekt unserer Zeit, der meines Erachtens übermäßige Polarisierung begünstigt:

Die Angebote und Methoden der Informationsgewinnung haben sich in den vergangenen Jahrzehnten bekanntlich drastisch verändert. Gleiches gilt für die Kommunikationsformen, mittels derer sich Meinungsbildung vollzieht. Es ist klar, welches Stichwort damit angesprochen ist: Die überragende Bedeutung des Internets für Information und Kommunikation.

Bei allen unbestreitbaren Vorteilen, die uns das Internetzeitalter und die rasch fortschreitende Digitalisierung gebracht haben und bringen:

Was die Gewinnung von faktentreuen, ausgewogenen Informationen betrifft, haben die technischen Neuerungen neben neuen Chancen auch gravierende neue Risiken und Schwierigkeiten mit sich gebracht.

Früher gewannen die Menschen ihre Informationen zwangsläufig überwiegend aus klassischen Medien. Auch diese sind bekanntlich nicht perfekt, nicht von einheitlicher Qualität und auch nicht zwangsläufig frei von tendenziöser Berichterstattung. Unbestreitbar begrenzen sie aber die Verbreitung extremer Ansichten und bürgen ganz überwiegend – zumindest in Deutschland – grundsätzlich für Faktentreue. Dagegen sind im Internet heute unzählige zweifelhafte Quellen mit unverifizierten oder auch gezielt unwahren Informationen stets nur „einen Klick weit entfernt“. Sie verlocken mit vermeintlich einfachen Antworten auf komplexe Fragestellungen, schlimmstenfalls – und leider nicht selten – mit Verschwörungserzählungen.

Hinzutreten können Phänomene, die in der Kommunikationswissenschaft unter den Stichworten „Filterblasen-“ und „Echokammereffekt“ diskutiert werden.

Der erstgenannte Effekt beschreibt, wie durch Algorithmen von Suchmaschinen und sozialen Netzwerken die personalisierten Informationen, die einem Nutzer angezeigt werden, zu einem Effekt der Selbstverstärkung einer einmal gefassten Meinung beitragen können. Seine Reichweite und Auswirkungen sind umstritten, und ich möchte dazu hier keine Position beziehen.

Hingegen bin ich überzeugt davon, dass der „Echokammereffekt“ für die Art und Weise, wie sich Meinungen, Anschauungen und Überzeugungen heute bilden, eine erhebliche Rolle spielt – leider keine positive. Der Begriff, der ursprünglich aus der Akustik stammt und dort bezeichnenderweise einen „den Hall verstärkender Raum“ meinte, beschreibt, wie es durch den verstärkten virtuellen Umgang mit Gleichgesinnten in Foren und sozialen Netzwerken zu einer Verengung der Weltsicht kommt. Überzeugungen werden durch Kommunikation und Wiederholung innerhalb eines geschlossenen Systems vertieft oder gefestigt.

Das Phänomen als solches ist nicht neu, denken wir nur an den traditionellen „Stammtisch“.

Auch dieser kann – wenn sich die „Stammtischbrüder und -schwestern“ in der Sicht auf ein kontroverses Thema einig sind – zur Verfestigung und zunehmender Rigorosität einmal gefasster Meinungen beitragen. Aber das Internet bietet hier Möglichkeiten von ganz anderer Qualität. Schon allein deswegen, weil hier eine schier unbegrenzte Zahl möglicher Kommunikationspartner zur Verfügung steht, aus denen sich „Gleichgesinnte“ zusammenfinden können.

Außerdem bieten Foren und soziale Netzwerke naturgemäß höchst „bequeme“ Möglichkeiten, Nachrichten, Informationen und Meinungsäußerungen weiterzuleiten. Und zwar natürlich gerade solche, die die übereinstimmende Meinung der in der „Echokammer“ zusammengekommenen Gleichgesinnten weiter bestärken.

Nehmen wir an, es haben sich Menschen vernetzt, die davon überzeugt sind, dass Migranten einen generellen Hang zur Kriminalität haben. Das Internet bietet nicht nur den Raum, sich in dieser Haltung gegenseitig durch zustimmende Äußerungen zu bestärken, etwa in einem geschlossenen Forum.

Zugleich ermöglicht es die gezielte selektive Suche etwa nach Nachrichten über Einzelfälle, die dem einmal gefassten Vorurteil vermeintlich Nahrung geben – und die Möglichkeit, diese sofort und mühelos den „Gleichgesinnten“ weiterzuleiten und das gemeinsame Vorurteil so weiter zu verstärken.

Dass das Internet daneben auch einen unerschöpflichen Fundus an faktenreuen, ausgewogenen Informationen bietet, hilft dann nicht mehr weiter.

So werden die Forenmitglieder in unserem Beispiel seriöse Bestandsaufnahmen und Analysen zu „ihrem“ Thema schon nicht zur Kenntnis nehmen wollen und daher schon nicht aufsuchen, jedenfalls aber nicht weitergeben. Denn der Reiz der Echokammer liegt ja gerade in der Selbstvergewisserung und dem Gefühl, auf der vermeintlich „richtigen“ Seite zu sein. Auf das aus sozialpsychologischer Sicht zugrundeliegende Bedürfnis, als Mitglied einer Gruppe Gleichgesinnter das Gefühl von (wiedererlangter) Kontrolle zu erleben, bin ich ja bereits eingegangen.

Die – jedenfalls vermeintliche – Anonymität des Internets kann ein Übriges tun. Sie kann die Hemmschwelle für enthemmte Äußerungen senken, bis hin zur Hassrede. Und schlimmstenfalls führt Beifall innerhalb der „Echokammer“ zu einer verbalen Eskalationsspirale.

[Anrede]

Soviel zu einigen – freilich nicht abschließenden – Bedingungen, die die Tendenz zu zunehmender Polarisierung in unserer Gesellschaft befördern.

[III. Populismus – Nährboden und Gefahren]

In engem Zusammenhang damit steht das leider zu beobachtende Erstarren des Populismus und Extremismus. In anderen Staaten, aber auch in unserem Land.

Extreme Polarisierung ist für Populisten Strategie und „Lebenselixier“ zugleich. Spaltung ist für sie erstrebenswert, denn „wir“ gegen „die da...“ ist regelmäßig ihr Motto. Die „anderen“ können dabei „Machteliten“ sein, „abgehobene Intellektuelle“, Medienschaffende der „Systempresse“. Oder Menschen, die die „falsche“ Herkunft oder Hautfarbe aufweisen.

Und die Kommunikationsform von Populisten ist regelmäßig der Monolog: Wo der Dialog endet, freut sich der Populist. Faktoren, die eine übermäßige Polarisierung begünstigen, bereiten damit letztlich auch der Saat populistischer Bestrebungen den Boden.

Gleiches gilt für die erwähnten multiplen Krisen und das dadurch bedingte Klima der Verunsicherung. Denn Populismus und Extremismus setzen auf Bedrohungsszenarien und Ängste. Sie locken in einer immer komplexeren Welt voller Probleme mit vermeintlich „einfachen“ – dabei aber regelmäßig illiberal und autoritär, ja totalitär und damit antidemokratisch geprägten – Lösungen.

Wo Existenz- und Zukunftsängste zunehmen, steigt die Neigung, diesen Verlockungen nachzugeben.

Populistische Parteien, Bewegungen und Bestrebungen wiederum werden vielfach als Gefahr für die liberale Demokratie, ihre Institutionen und Garantien angesehen. Deswegen ist verständlich, wenn in der beschriebenen Situation auch die Frage gestellt wird:

Ist der demokratische Rechtsstaat bedroht?

Im Ausgangspunkt lässt sich leider kaum bestreiten, dass die freiheitliche Demokratie, die mit der Rechtsstaatlichkeit untrennbar verschwistert ist, in vielen Regionen der Welt als Staatsform unter Druck steht.

Zum einen scheint der demokratische Rechtsstaat jedenfalls als der globale „Exportschlager“, als der er etwa zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts galt, passé. Traurige Befunde deuten vielmehr darauf hin, dass sich bei weltweiter Betrachtung mehr Länder zu autoritären Staaten entwickeln als sich umgekehrt den Werten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zuwenden.

Zum anderen beobachten wir alarmierende Entwicklungen auch in Staaten mit etablierten Demokratien. Was geschehen kann, wenn populistische, illiberale Kräfte politische Macht erhalten, lässt sich auch mitten in Europa beobachten. So setzte etwa in Ungarn die Fidesz-Partei unter der Führung von Victor Orbán Verfassungsänderungen durch, die unter anderem die Macht des Verfassungsgerichts einschränkten und das Wahlrecht zu ihren Gunsten veränderten.

Durch Zentralisierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender, Übernahme der Presselandschaft durch regierungsfreundliche Unternehmer und zentrale Koordinierung regierungsnaher Medien geriet die Pressefreiheit immer mehr unter Druck. Homo- und Transsexualität sollen – nach russischem Vorbild – per Gesetz aus der Öffentlichkeit verschwinden. Vergleichbare Vorgänge waren beispielsweise in Polen zu beobachten.

Drastisch wurde uns auch vor Augen geführt, wie schwer der einmal aus der Flasche entwichene Geist wieder hineinzuzwingen ist. Ergebnisse demokratischer Wahlen wurden nicht anerkannt, Parlamente gestürmt.

Die Bilder des Sturms von Anhängern des abgewählten US-Präsidenten Trump auf das Kapitol in Washington am 6. Januar 2021 stehen uns allen

noch vor Augen. Aber ich erinnere auch an den vergleichbaren Fall in Brasilien am 8. Januar 2023. Anhänger des ebenfalls abgewählten Präsidenten Bolsonaro attackierten den brasilianischen Nationalkongress. Sie schlugen Scheiben ein, zerstörten Mobiliar, stahlen oder beschädigten Kunstwerke, griffen Polizisten und Journalisten an, legten Brände.

Gegenüber dem Ausmaß solcher Gewalt nimmt sich der sogenannte „Sturm auf den Reichstag“ am Rande einer Demonstration im August 2020, an dem insbesondere Rechtsextreme, „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ beteiligt waren, glücklicherweise eher „kläglich“ aus. Dennoch war uns dieser bis dahin in Deutschland undenkbarer Vorgang zu Recht eine Warnung. Wachgerüttelt hat uns auch – erst jüngst – dass ein „Geheimtreffen“ ruchbar wurde, auf dem ein „Masterplan“ zur sogenannten „Remigration“ erörtert wurde.

Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht – und, ein besonders krasser Tabubruch, „nicht assimilierte Staatsbürger“ – sollten nach Recherchen des Netzwerks „Correctiv“ durch massiven Druck zur Ausreise bewegt, mit anderen Worten: vertrieben werden. Solche Nachrichten mahnen uns mit Nachdruck zur Wachsamkeit.

Auch wenn meines Erachtens kein Anlass für Alarmismus besteht, ist festzuhalten:

Unsere Zeit ist dadurch mitgeprägt, dass verschiedene Belastungs- oder Risikofaktoren für den freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat vorherrschen. Angefangen bei multiplen Krisen über Polarisierungs- und Spaltungstendenzen sowie Verrohungserscheinungen des öffentlichen Diskurses hin zu den – oft geschickten – Anstrengungen von Populisten, diese Entwicklungen für illiberale und autokratische Ziele fruchtbar zu machen.

[IV. Schutz und Heilung]

Was zu der Frage führt: Wie kann die freiheitliche Demokratie diesen Belastungen widerstehen?

[1. (Institutionelle) Resilienzfaktoren des Rechtsstaats]

Geht es darum, Widerstandsfähigkeit gegen Belastungen zu beschreiben und zu modellieren, wird in der Psychologie, der Soziologie, in den Ingenieurwissenschaften und in der Ökologie der Begriff der „Resilienz“ gebraucht. Definitionen und Modelle in den genannten Disziplinen unterscheiden sich zwar.

Doch eint sie letztlich, dass für die erfolgreiche Bewältigung von Belastungen notwendig ist, dass ihnen schützende und stabilisierende Faktoren gegenüberstehen.

Was sind die Schutz- oder Resilienzfaktoren des demokratischen Rechtsstaats, die ihn in die Lage versetzen, den beschriebenen Belastungen zu trotzen?

Das in Berlin ansässige Institut für Europäische Politik (IEP) hat dazu ein überzeugendes Modell entwickelt. Die graphische Darstellung dieses Modells, das die „Resilienzfaktoren der Demokratie“ abbilden soll, ist ein Diagramm, bei dem zwei konzentrische Ringe sich um einen die Mitte bildenden „Kern“ schließen. Dieser Aufbau inspiriert mich – gemeinsam mit dem Befund, dass der demokratische Rechtsstaat geradezu von Krisen und Gefahren „belagert“ erscheint – trotz des hochaktuellen Themas zu einem Bild aus längst vergangenen Tagen: Lassen Sie mich eine Parallele zu einer wehrhaften Burg des Mittelalters ziehen.

Den äußeren Ring, quasi den „Burggraben“, bildet neben der Widerstandskraft des öffentlichen Diskurses – um den es mir heute ohnehin geht – die wirtschaftliche und soziale Belastbarkeit des Gemeinwesens. Und in der Tat hängt auch viel davon ab, dass es uns gelingt, unsere Wirtschaft erfolgreich durch die aktuellen Transformationsprozesse zu

steuern und sie robust, nachhaltig und krisenfest zu gestalten, ohne den sozialen Ausgleich zu vernachlässigen. Denn gesellschaftlicher Zusammenhalt bedarf auch eines materiellen Fundaments, auf dem die gemeinsame Hoffnung auf eine bessere Zukunft ebenso gebaut ist wie das Versprechen der Teilhabe auch an die schwächeren Mitglieder der Gemeinschaft.

Der innere Ring – bildhaft gesprochen die „Außenmauer“ unserer Burg – setzt sich aus der Leistungsfähigkeit des Wahlsystems und der Parteien, der Belastbarkeit der Zivilgesellschaft sowie der Unabhängigkeit und Freiheit der Medien zusammen. Uns wird dadurch zum einen vor Augen geführt, welchen Stellenwert für die Widerstandskraft unserer Demokratie neben einem fairen Wahlrecht etwa das Angebot eines breiten, auch stark divergierende politische Ausrichtungen abdeckenden Meinungsportfolios durch die demokratischen Parteien hat. Denn das Gefühl der Bürgerinnen und Bürger, ausreichend repräsentiert zu sein, ist ein wichtiger Schutzfaktor gegen den Rückzug der Menschen aus dem politischen Dialog.

Auch wird auf den Punkt gebracht, wie wichtig die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und ein überzeugtes Eintreten für eine freie und diversifizierte Medienlandschaft ist.

Den Kern des Schaubildes, und damit gewissermaßen den „Bergfried“ unserer imaginären Burg, bilden die Widerstandskraft der staatlichen Institutionen im Allgemeinen, die Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit der Rechtspflege im Besonderen. Und – zu Recht als eigenes Segment – ein belastbares Verfassungsrecht.

Was Letzteres betrifft, kann ich mit Überzeugung sagen: Deutschland und Bayern sind „in guter Verfassung“, das Fundament ist solide. Das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung haben sich – auch und gerade angesichts der jüngst gehäuften Krisen – als tragfähige und belastbare Grundsteine des Zusammenlebens erwiesen. Dies sollten wir

wertschätzen – und diese Wertschätzung auch im politischen Gespräch immer wieder zum Ausdruck bringen.

Auf diesem soliden Fundament aufbauend sind Politik und Gesellschaft aufgerufen, dafür zu sorgen, dass Rechtsstaatlichkeit weiterhin auch im Alltag und in der Fläche ankommt. Durch eine bürgernahe und effiziente Verwaltung und eine leistungsfähige, unabhängige Justiz.

Dazu gehört stets auch eine angemessene sachliche und vor allem personelle Ausstattung. Nicht nur von Berufs wegen, sondern aus voller staatsbürgerlicher Überzeugung kann ich – bei allem Verständnis für die fiskalpolitischen Herausforderungen unserer Zeit – nur davor warnen, hier am falschen Ende zu sparen.

[Anrede]

Was die genannten Schutzfaktoren betrifft, sind wir in Deutschland und Bayern nach meiner Überzeugung gut aufgestellt. Es gilt, sie auch für die Zukunft zu stärken und zu bewahren. Nehmen wir diese Aufgabe ernst, ist unsere freiheitliche Demokratie auch unter schwierigen Bedingungen gut geschützt.

[2. Ursächliche „Therapie“ gegen Spaltungstendenzen]

Doch es stellt sich nicht nur die Frage nach Schutz und Abwehr allein. Ich sprach bildhaft von einer „Burg“. Wir wollen uns aber nicht nur verschanzen. Sondern uns auch fragen: Was kann getan werden, um die beschriebenen und als Problem erkannten Bedingungen zu verändern?

Erkennen wir Risse in unserer Gesellschaft, sollten wir auch fragen: Wie sind sie zu kitten? Betrachten wir das Gemeinwesen als Organismus und

stellen wir fest, dass ein zunehmend unversöhnlicher Diskurs Schrammen, ja Wunden hinterlässt: Fragen wir auch: Was heilt? Wie treten wir nicht nur den Folgen, sondern den Ursachen einer drohenden Spaltung der Gesellschaft entgegen?

Zunächst sollten wir dazu definieren, was wir unter einer *nicht* gespaltenen Gesellschaft verstehen. Denn wenn man nicht weiß, welchen Hafen man ansteuert, ist – wie Seneca sagte – kein Wind günstig. Was also ist das Ziel, auf das es Kurs zu nehmen gilt, was ist ein berechtigter Anspruch an den Zusammenhalt der Gesellschaft?

Ein *umfassender* kultureller Konsens scheidet aus. Das wäre angesichts der gesellschaftlichen Realitäten und der Wandlungsprozesse, denen diese in den vergangenen Jahrzehnten unterlagen, ein weder erfüllbarer noch wünschenswerter Anspruch. Zwar entspricht es einem klassischen Ansatz aus der Soziologie, dass eine gemeinsame, überkommene Kultur Quelle der Einigkeit ist. Und es liegt grundsätzlich auch nahe, dass Gesellschaften aus weitestgehender kultureller Übereinstimmung Bindekraft und Zusammenhalt schöpfen *können*. Dies setzt aber ganz andere Bedingungen voraus, als wir sie heute vorfinden. Auf die bereits eingetretene Wandlung hin zu einer pluralen Gesellschaft, die kulturelle Vielfalt und Raum für unterschiedlichste individuelle Lebensmodelle bietet, bin ich bereits eingegangen.

Ein berechtigter Anspruch an den Konsens und damit den Zusammenhalt einer modernen Gesellschaft in unserem Land ist nach meiner Überzeugung die Beachtung der Grundwerte, die in der Verfassung – im Grundgesetz und in den Landesverfassungen – Niederschlag gefunden haben. Die Beachtung der demokratischen Spielregeln zählt dazu, vor allem aber die Achtung der Grund- und Menschenrechte.

Nicht nur in ihrer klassischen Ausprägung als Abwehr- und Leistungsrechte gegenüber dem Staat, sondern auch in ihrer ideellen Dimension als Leitplanken des Zusammenlebens und des Umgangs miteinander. An erster Stelle zu nennen sind die Unantastbarkeit der Würde des

Menschen, die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz.

Wie können wir – mit diesem Anspruch – auf mehr Einigkeit hinwirken, wie übermäßiger Polarisierung und Spaltungstendenzen entgegenwirken?

Aus meiner Sicht wäre ein wichtiger Schritt eine Beruhigung und Verfeinerung der Kultur öffentlicher Diskussionen zwischen Politikerinnen und Politikern.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht – aber für mich bleibt gerade nach Debatten im Format der politischen Talkshow oft ein bitterer Nachgeschmack zurück. Natürlich dient diese Diskussionsform gerade der Austragung politischer Kontroversen, auch in pointierter Form. Zu oft entsteht für mich aber ein Eindruck der Unversöhnlichkeit, ja der Abwertung des Gegenübers.

Ich würde mir persönlich wünschen, dass Politikerinnen und Politiker stattdessen vorleben würden, wie eine andere Streitkultur aussehen kann: Nämlich eine solche, die ein gewisses Maß an Empathie und persönlicher Wertschätzung zur Grundlage hat, auf der eine in der Sache durchaus entschiedene Auseinandersetzung stattfinden kann, ohne die Gegenseite abzuqualifizieren.

Dies mag im Streitgespräch mit gezielt provozierenden Populisten, die keinen Gesprächsregeln folgen, nicht möglich sein. Die allermeisten politischen Diskussionen spielen sich aber zwischen Politikerinnen und Politikern ab, die trotz teils diametral unterschiedlicher Ausrichtung im Kern dieselben essentiellen Werte teilen. Dieser Grundkonsens und die wechselseitige persönliche Achtung, die mit ihm verbunden sein sollte, müssten meiner Ansicht nach viel deutlicher sichtbar und erlebbar werden.

Aber: Wir können und wollen die Verantwortung für ein „Mehr“ an Zusammenhalt in der Gesellschaft und ein „Weniger“ an Polarisierung aber nicht auf Politikerinnen und Politiker „delegieren“. Sondern auch uns selbst in die Pflicht nehmen und uns die Frage stellen:

Was können wir – im Alltag, und sei es auch nur im Kleinen – beitragen?

[Anrede]

Wenn es ein Wort gibt, das den „Kitt“ für Risse in der Gesellschaft, das „Heilmittel“ für eingetretene Verletzungen gibt, in einem Wort beschreibt, dann ist dieses Wort meines Erachtens: Dialog.

Denn es ist vor allem die Sprachlosigkeit, die Gräben aufreißt und vertieft. Reden wir miteinander statt übereinander! Wenn ein Dialog über gesellschaftliche Bruchlinien hinweg – sei es zwischen rechts und links, alt und jung, arm und reich, Ost und West – nicht mehr stattfindet, droht das Gespenst der Spaltung sich zu materialisieren. Sprachlosigkeit zwischen den „Lagern“ ist Wasser auf die Mühlen der Spalter, die von Gräben in der Gesellschaft profitieren wollen. Dagegen ist das Gespräch das Gegenmittel für das Gift der Sprachlosigkeit.

Das gilt *gerade dann*, wenn Streitpunkte und Differenzen ausgetragen werden – solange Respekt vor der Gegenüber die Basis bildet.

Deswegen sollten wir uns auch davor hüten, kontroverse – eben polarisierende – Themen zu meiden.

Es ist zwar verständlich, dass in einer Zeit des rauer werdenden Tons die Versuchung wächst, bestimmte Themen von Anfang an auszublenden. Vor allem an Begegnungsorten, an denen wir über den Kreis der Menschen, mit denen wir interagieren, nicht oder nur eingeschränkt bestimmen. Das kann der Arbeitsplatz oder die Firmenfeier sein, der Elternstammtisch oder der Vereinsabend – oder auch das Familientreffen im großen Kreis. Aber speziell da, wo wir von der Übereinstimmung mit dem Gegenüber *nicht* ausgehen können, ist der Dialog von entscheidender

Wichtigkeit. Mein Appell lautet: Reden wir auch und gerade mit Mitmenschen, deren Haltung zu kontroversen Themen unserer Zeit der unseren widerspricht, auch wenn es Überwindung und Energie kostet.

Dabei will ich der Frage nicht ausweichen: Soll dieser Appell auch den Dialog mit Mitmenschen einschließen, die sich offen für Radikalisierungstendenzen zeigen oder ihnen schon verfallen sind?

Eine naheliegende Frage. Denn im Klima politischer Polarisierung sind leider auch Radikalisierungstendenzen keine bloße Randerscheinung mehr, sondern können bis in die Mitte der Gesellschaft hinein sichtbar werden. Auch Meinungen und Haltungen, die im Widerspruch zu demokratischen Grundwerten stehen, können uns im Alltag begegnen.

Geschieht dies, könnte eine mögliche „Strategie“ lauten: Abgrenzung und Ausgrenzung.

Hier sollte aber meiner Ansicht nach – wenn uns eine ursächliche Bekämpfung von Spaltungstendenzen und letztlich auch antidemokratischer Entwicklungen wirklich am Herzen liegt – differenziert werden.

Denn Tatsache ist zwar, dass uneingeschränkte Dialogbereitschaft mit „echten“ Demokratiefeinden eine Gefahr für demokratische Gesellschaften sein kann. Das gilt vor allem, wenn es sich um einen *öffentlichen* – insbesondere medialen – Dialog handelt, bei dem radikalen Populisten und Extremisten ein Forum gegeben wird. Der frühere Botschafter Israels in Deutschland, Shimon Stein, formulierte prägnant:

„Man sollte den Wolf, der in die Schafherde einbricht, nicht mit einer Bereitschaft zum Dialog zu besänftigen versuchen, auch wenn der Wolf sich im Schafspelz herumtreibt.“

Er sagt aber auch: *„Selbstverständlich ist auch Taktik gefragt: Dort, wo man den Keil zwischen den harten Kern und die Mitläufer treiben kann,*

dort, und nur dort, könnte der Meinungs Austausch Sinn machen. Beim Stammtischgespräch nutzt das Schweigen der Demokraten nicht.“

Das möchte ich unterstreichen. Ich halte es für dringend anzuraten zu differenzieren. Begegnen uns im Alltag, insbesondere in privatem Rahmen, Mitmenschen, die Offenheit für populistische oder gar extremistische Ideen und Argumentationsmuster zeigen, sollten wir uns die Frage stellen: Besteht noch eine ausreichende Grundlage für einen vernünftigen Dialog?

Natürlich: Bei klar menschenfeindlichen Äußerungen, wenn das Gegenüber aktiv ideologisch wirbt, schon verfestigte radikale Denkmuster zeigt oder bewusst provoziert, sind „Hopfen und Malz verloren“.

Eine solche Person wird sich ohnehin nicht an Gesprächsregeln halten, so dass eine inhaltliche Diskussion fruchtlos wäre. Hier kann man nicht mehr tun, als diese Haltung unmissverständlich abzulehnen.

Ich bin aber überzeugt, dass die Fälle weit überwiegen, in denen Betroffene aus verschiedenen Gründen – aus Frustration, Trotz, Sorge, Verunsicherung – in radikale Denkmuster abzugleiten drohen, sie vielleicht schon teilweise übernommen haben, aber noch nicht innerlich verhärtet, sondern noch emotional und rational ansprechbar sind. Vielleicht wurden entsprechende „Argumente“ und Thesen sogar einfach aufgeschnappt und werden nun unreflektiert wiedergegeben, ohne dass sie wirklich schon auf fruchtbaren Boden gefallen wären.

Dann ist es grundsätzlich noch möglich, Fragen zu stellen, Gemeinsamkeiten zu finden – und Kontroversen zu diskutieren. Und in diesen Fällen halte ich es für geboten, den Dialog so lange wie möglich aufrechtzuerhalten und Brücken nicht vorschnell abubrechen. Brücken dienen schließlich dazu, auf die andere Seite zu gelangen, hier im besten Fall zurück – auf das Terrain eines menschenfreundlichen Konsenses.

Schlichte Abweisung wäre meiner Ansicht nach hier zu wenig. Eine klare Haltung für Demokratie und Vielfalt konsequent zu vertreten, ist

überragend wichtig und verdienstvoll. Und es ist auch völlig legitim, ja notwendig, dass damit auch eine gewisse moralische Selbstvergewisserung einhergeht. Diese sollte aber nicht zum Selbstzweck werden. Als überzeugte und aufrechte Demokratinnen und Demokraten sollten wir das Ziel nicht aus dem Blick verlieren, möglichst viele Mitmenschen, die auf Abwege zu geraten drohen oder schon geraten sind, für die – wirkliche – Mitte der Gesellschaft und für einen Grundkonsens essentieller Werte zurückzugewinnen.

Werden wir mit populistischen oder radikalen Narrativen konfrontiert, können vielleicht einfache, offene Fragen am Anfang stehen: Seit wann denkst du so? Wie kommst du darauf? Wo hast du das gehört, gesehen oder gelesen? Was besorgt dich daran? Welche eigenen Erfahrungen hast du damit schon gemacht? Erweist sich ein Dialog als offensichtlich fruchtlos, kann man die Kommunikation immer noch beenden. In sie einzutreten, kann sich aber allemal lohnen.

Denn Kontaktabbruch und Meidung, besonders aber persönliche Abwertung, können sich als kontraproduktiv erweisen. Etwa wenn das Gegenüber die Erfahrung von Zurückweisung zum Anlass nimmt, sich erst recht in eine Kommunikationsblase zurückzuziehen, die den gefährlichen Tendenzen Vorschub leistet.

Die Differenzierung vorzunehmen, wer für einen vernünftigen Diskurs „verloren“ und wer noch ansprechbar ist, kann eine Zumutung sein. Erfordert sie doch, zunächst einmal die Konfrontation mit Haltungen und Meinungen auszuhalten, die uns schmerzen, und dann den Gebrauch unseres Urteilsvermögens.

Erscheint ein Dialog möglich, kann dieser erst recht anstrengend sein. Denn klarer inhaltlicher Widerspruch unter gleichzeitiger Wahrung des persönlichen Respekts, das konsequente Vertreten der eigenen Position mit guten Argumenten, erfordert Beherrschung, Wissen, Wachheit und

Klugheit. Ich bin aber davon überzeugt, dass sich diese Anstrengungen in vielen Fällen lohnen.

[V. Schluss]

[Anrede]

Ich möchte zum Schluss meiner Ausführungen kommen und kurz rekapitulieren:

- Wir erleben – gefördert durch Ohnmachtserfahrungen und Verunsicherung durch multiple Krisen und durch problematische Facetten des Internetzeitalters – eine zunehmende gesellschaftliche und politische Polarisierung.
- Extreme Formen der Polarisierung sind Werkzeug und Nährboden des Populismus, der mit der Formel „wir gegen die“ in einer komplexen Welt mit vermeintlich „einfachen“ Lösungen lockt.
- Anhand anderer Länder war zu beobachten, wie populistische Methoden illiberalen, autoritären Kräften zur Macht verhelfen können und welche Folgen dies haben kann. Wir sind zur Wachsamkeit aufgerufen.
- Was Schutzfaktoren unseres freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaats betrifft, sind wir grundsätzlich gut aufgestellt. Politik und Gesellschaft sind gehalten, diese zu erhalten und weiter zu stärken.
- Wenn wir Spaltungstendenzen ursächlich entgegentreten wollen, ist das Mittel der Wahl der Dialog.
Auch mit Menschen, die für Radikalisierungstendenzen empfänglich sind, solange sie noch rational und emotional ansprechbar sind.

Es gilt das gesprochene Wort!

- Unser Ziel als Demokraten sollte sein, Verunsicherte und Schwankende vom Abgleiten in extreme Haltungen zu bewahren oder sie, wenn nötig, in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen.
- Dazu sollten wir auf individueller Ebene beurteilen, ob Betroffene für einen konstruktiven Dialog – für die kritische Nachfrage, das rationale Argument, den emotionalen Appell – noch ansprechbar sind.

Wenn ja, sollten wir Brücken nicht vorschnell abbrechen und uns den Dialog zumuten. Eine klare Haltung und eine ausgestreckte Hand stehen nicht zwangsläufig in Widerspruch.

[Anrede]

Ich danke der Evangelischen Akademie Tutzing nochmals für die Gelegenheit, hier zu sprechen – und Ihnen allen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.